



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

29. Sitzung (öffentlich)

18. Oktober 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:45 Uhr bis 16:05 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokollerstellung: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Hochschulfreiheitsgesetz (HFG)

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2063

In Verbindung damit:

Für ein modernes und liberales Hochschulgesetz

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2095

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 14/2063** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

Sodann **lehnt** der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** den Antrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/2095** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 2 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) | 5 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300
Vorlagen 14/636 und 14/656 | |
| | Einzelplan 05 | |
| | <u>In Verbindung damit:</u> | |
| | § 19 (Schulpauschale) des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG 2007) | |
| | Ministerin Barbara Sommer führt in den Haushaltsentwurf 2007 für den Einzelplan 05 ein. Es schließt sich eine kontroverse Diskussion an. | |
| 3 | Personelle Situation in den unteren Schulaufsichtsbehörden | 13 |
| | Bericht des Ministeriums für Schule und Weiterbildung | |
| 4 | Auswirkungen und Konsequenzen des novellierten Berufsausbildungsgesetzes (BBIG) auf die nordrhein-westfälischen Schulen | 13 |
| | Bericht des Ministeriums für Schule und Weiterbildung | |
| 5 | Der UN-Kinderrechtskonvention in NRW Geltung verschaffen! | 13 |
| | Antrag
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1662 | |
| 6 | Einfluss auf Scientology auf unser Bildungssystem wirkungsvoll bekämpfen | 13 |
| | Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2490 | |

Landtag Nordrhein-Westfalen	III	APr 14/274
Ausschuss für Schule und Weiterbildung		18.10.2006
29. Sitzung (öffentlich)		sd-ad

Seite

7 Keine Aufweichung des Werbeverbots an Schulen 14

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/580

8 Verlässliche Standardsicherung des Zweiten Bildungswegs in Nordrhein-Westfalen 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/703

Die Beratung über die Tagesordnungspunkte 3 bis 8 wird verschoben.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) erklärt, er habe der Presse entnommen, dass eine Baumert-Kommission installiert worden sei. Der Landtag sei offiziell noch gar nicht informiert worden.

Des Weiteren habe er gehört, dass am Vortage die Berufungsurkunden der Mitglieder der Baumert-Kommission von Frau Sommer und Herrn Pinkwart unterschrieben und verschickt worden seien. Er bitte, den Arbeitsauftrag der Kommission einmal vorzustellen und auch Professor Baumert einzuladen.

Ministerialdirigent Dr. Ulrich Heinemann (Ministerium für Schule und Weiterbildung) merkt an, die Kommissionsmitglieder würden zurzeit berufen. Ein Bericht über die Arbeit der Baumert-Kommission könne in einer der nächsten Sitzungen gegeben werden.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 14/2063** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

Sodann **lehnt** der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** den Antrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/2095** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Vorlagen 14/636 und 14/656

Einzelplan 05

In Verbindung damit:

§ 19 (Schulpauschale) des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG 2007)

Ministerin Barbara Sommer führt in den Haushaltsentwurf 2007 für den Einzelplan 05 ein - siehe Vorlage 14/723 sowie **Anlage** zu diesem Protokoll.

Sigrid Beer (GRÜNE) bedankt sich für den Bericht. In der Weiterbildungskonferenz am Vormittag sei deutlich geworden, dass es bei der Weiterbildung nicht um Optimierung, sondern für viele Träger um die reine Existenz gehe. Die Ministerin habe von 59 Millionen € für die Fortbildung gesprochen. Sie bitte, die Mittel detailliert aufzulisten.

Zurzeit werde die Frage der Lernmittelfreiheit in Zusammenhang mit dem Arbeitslosengeld II und dem Asylbewerberleistungsgesetz in den Kommunen diskutiert. Es scheine so, als habe die Landesregierung ihre Bemühungen aufgegeben, mit den kommunalen Spitzenverbänden zu einer Lösung zu kommen. Sie frage, ob dieser Punkt in der Ergänzung eine Rolle spielen werde.

Der Haushalt enthalte Zahlenspielereien, die den Eindruck vermittelten, dass Stellen mehrfach „verfrühstückt“ würden. Sie bittet zu erläutern, ob die Stellen nach dem Sozialindex auch für die Sprachstandserhebungen eingesetzt werden sollten. Dann stünden sie den Schulen für den Unterricht nicht zur Verfügung.

Hinsichtlich der Förderstunden am Gymnasium wüsste sie gerne, ob es zutreffe, dass zum Beispiel bilinguale Angebote in speziellen Schulprofilen aus diesen zusätzlichen Förderstunden bedient werden müssten. Dadurch komme es an dieser Stelle zu keinem Aufwuchs.

Mit Blick auf die Hauptschuloffensive habe die Landesregierung die Schaffung zahlreicher Stellen angekündigt. Im Jahr 2007 sei kein Wachstum zu verzeichnen. Viele Schulen seien enttäuscht, die die Konzepte bereits in den Schubläden hätten und die jetzt auf eine spätere Verteilungsrunde vertröstet würden. Das habe auch damit zu tun, dass die Hauptschuloffensive nicht so gegriffen habe, wie sich die Landesregierung das vorgestellt habe. Auf der Jahrespressekonferenz habe die Ministerin gerade einräumen müssen, dass der Rückgang der Schülerzahlen an den Hauptschulen - drei Viertel des Schülerverlustes in der Sekundarstufe I insgesamt - gravierend sei. Das sei bemerkenswert und gebe mit Blick auf den OECD-Bericht zu denken, der in der Weiterbildungskonferenz schon mehrfach zitiert worden sei. In den Ländern mit früher Differenzierung und Selektion gelinge es sehr schwer, Bildungsbenachteiligung aufzuholen. Eltern wählten die Schulform Hauptschule in Nordrhein-Westfalen trotz aller Bemühungen der Landesregierung nicht als Option für ihre Kinder.

344 Stellen würden an den Grundschulen gestrichen. Wenn es auf den Anfang ankomme, wie man auch aus der OECD-Studie wisse, sollten hier die Rahmenbedingungen verbessert werden und die Stellen im System bleiben. Bemerkenswert sei, dass über den proportionalen Zuwachs hinaus den Gymnasien Stellen zugewiesen würden. Die zusätzlichen Förderkapazitäten sollten im Sinne einer Balance überall gewährleistet sein.

Unterm Strich gebe es auch viel Erfreuliches zu verzeichnen. Ihre Fraktion werde nicht nachlassen, die Fehlsteuerung im System - es werde nicht an den richtigen Stellen investiert - aufzudecken.

Ute Schäfer (SPD) bedankt sich für den Vortrag. Die Ministerin habe am 22. März gesagt, der Haushalt des Schulministeriums wachse in diesem Jahr trotz extrem schwieriger Haushaltslage um mehr als 300 Millionen €. Das zeige einmal mehr, dass Bildung für die neue Landesregierung obere Priorität besitze.

In diesem Jahr wachse der Haushalt um 28 Millionen € an. Wenn der Finanzminister sage, dass man 1,4 %ige Steigerung als dynamische Steigerung einrechnen müsse,

dann werde nicht klar, wie das mit den „Zahlenspielerien“ in dem Einzelplan 05 umgesetzt werden solle.

Zur Hauptschulproblematik: Früher habe es immer geheißen, die rot-grüne Landesregierung hätte die Hauptschule vergessen. Wenn man diese Schulform entsprechend ausstatten würde, würde alles viel besser. Sie frage, wie die Ministerin die eingeleiteten Maßnahmen angesichts der Tatsache bewerte, dass die Hauptschule jetzt keinen Zulauf finde. Daraus müsse man rechtzeitig Konsequenzen ziehen und neue Wege beschreiten, um den Schülerinnen und Schülern eine Perspektive zu geben. Die Erkenntnis, dass dieses System nicht zu retten sei - egal, wie viel Geld man hineinstecke -, sei bitter.

Frau Schäfer erkundigt sich, warum die 417 für zusätzlichen Förderbedarf jetzt in ein anderes Kapitel überführt würden. Unterm Strich bleibe es dabei: 2.000 Stellen würden abgebaut, 4.000 Stellen betrage der Aufwuchs. Die Landesregierung bleibe hinter ihren Versprechungen zurück. Effektiv würden 2.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, wenn überhaupt. Die Stellen sollten mit Ministerialbeamtinnen oder Ministerialbeamten gefüllt werden. Über das Attribut „neu“ könne man an dieser Stelle auch noch einmal diskutieren. Sie bezweifle, dass die Schulen über diese Entwicklung glücklich seien.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) bedankt sich für die Einbringung des Haushaltsentwurfes der Landesregierung für den Bereich Schule und stellt erfreut fest, dass die Voraussetzungen für eine qualitative Verbesserung von Schule mit dem Landeshaushalt 2007 geschaffen würden. Sie habe die Ausweitung der Ganztagsangebote, die Erhöhung der Mittel für die Lehrerfortbildung, vor allem in Zusammenhang mit der individuellen Förderung zur Kenntnis genommen.

Fortan werde es keine Förderung mit der Gießkanne mehr geben. Das soziale Umfeld der Schulen werde berücksichtigt. Die Schulen könnten mit mehr Lehrerstellen rechnen, um sich der individuellen Förderung zu widmen und dafür zu sorgen, dass sich die soziale Herkunft künftig nicht mehr nachteilig auf die Bildungschancen der Kinder auswirke. Dazu gehöre auch die Sprachförderung.

Die Schüler-Lehrer-Relation verbessere sich an allen Schulen. Ein wichtiges Signal sei auch die Tatsache, dass die Ersatzschulen künftig finanziell besser ausgestattet seien. Von ihren pädagogischen Konzepten und Programmen profitiere auch das öffentliche Schulwesen. Jetzt werde die Eigenleistung kontinuierlich zurückgefahren. Weitere 100 Lehrerstellen würden durch die Landesregierung finanziert.

Von Rot-Grün seien 2.000 Lehrerstellen kw-gestellt worden. Wenn die neue Landesregierung diese kw-Vermerke zurücknehme, bedeute das konkret, dass Stellen im System verblieben. Das sei ein realer Aufwuchs an Lehrerstellen. Mit dem neuen Landeshaushalt werde im Bereich Schule die Grundlage gelegt, das Schulgesetz im Sinne der Koalition umzusetzen.

Carina Gödecke (SPD) stellt heraus, die Ministerin habe in ihrem Vortrag die durchschnittliche Schülerzahlentwicklung in einen argumentativen Zusammenhang mit dem Anstieg der Lehrerstellenzahl gestellt.

Sie frage, ob Berechnungen nachgereicht werden könnten, aus denen hervorgehe, zu welchem Anteil die gestiegenen Schüler-Lehrer-Relationen auf die sinkenden Schülerzahlen zurückzuführen sei.

An den Berufskollegs steige die Zahl der Lehrerstellen. Während die Schülerzahl in den Teilzeitbildungsgängen sinke, steige sie in den vollzeitschulischen Bildungsgängen. Sie bitte darzulegen, welche Abschlüsse in den vollzeitschulischen Bildungsgängen erreicht werden könnten.

Die Ministerin habe gesagt, dass der Haushalt 2007 trotz Konsolidierungszwangs besser ausgestattet werde als in den Jahren davor. Sie spreche insbesondere die Ersatzschulfinanzierung an. Wenn man die erhöhte Förderung der Ersatzschulen im Jahre 2007 mit den 18 Millionen Euro, die in der Weiterbildung gekürzt würden, vergleiche, dann werde deutlich, dass es sehr schwer werde, den Trägern der Weiterbildung zu erklären, dass die Weiterbildung als vierte Säule für genauso wichtig erachtet werde wie die zweite Säule, nämlich die Ersatzschulen.

Sie halte es mit Blick auf die finanzielle Situation des Landes für mutig, geradezu dazu aufzurufen, Ersatzschulen zu gründen. Das sage sie als jemand, der zu denjenigen in ihrer Fraktion gehöre, die sich aus pädagogischen Gründen immer für Ersatzschulen eingesetzt hätten.

Klaus Kaiser (CDU) bedankt sich für den Bericht zum Haushalt. Die genannten Zahlen machten deutlich, dass die neue Koalition der Mitte der Bildungspolitik Priorität einräume. Wenn Frau Schäfer in den letzten zwei Jahren ein Wachstum für den Bildungshaushalt hätte aufweisen können, wäre sie sicher ganz anders aufgetreten.

Er erinnere an die negativen Äußerungen von Frau Schäfer zur Hauptschule. Die Schülerinnen und Schüler, die dorthin gingen, bräuchten jedwede Unterstützung. Er halte es auch nicht für redlich, die Diskussion um die Weiterbildung in einen Zusammenhang mit verbesserten Möglichkeiten für Ersatzschulen zu stellen. Der Vergleich hinke. Bei den Ersatzschulen gehe es um eine Umschichtung. Nachweislich seien die Privatschulen in der Regel kostengünstiger als staatliche Schulen. Von daher sei es nach den Vorstellungen der neuen Koalition richtig, Neugründungen von Ersatzschulen nicht zu behindern. Frau Sommer gehe davon aus, dass zehn neue Ersatzschulen zum neuen Schuljahr beginnen würden. Das sei politisch zu begrüßen.

Welche politischen Akzente die neue Koalition setze, zeige die Bekanntgabe der Schüler-Lehrer-Relationen. An den Zahlen könne man ablesen, dass sich die Lehrerversorgung an den Schulen verbessere. Die Versorgung an den Schulen werde signifikant verbessert. Die Einstellungstermine für den Vorbereitungsdienst seien flexibilisiert worden. Im Jahre 2007 werde es 7.900 Einstellungen in den Vorbereitungsdienst geben. Er danke Frau Sommer, dass dem Vorbereitungsdienst als Nachwuchsrekrutierung Priorität eingeräumt werde.

Zur Verlässlichkeit im Bildungsbereich: Rund 250 Stellen der Sozialpädagogen seien entfristet worden. Auch das mache die Mangelverwaltung der Vorgängerregierung deutlich. Mit Zeitverträgen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen sei viel Unruhe in die Schullandschaft getragen worden. Jetzt werde für Klarheit gesorgt.

Die Verlässlichkeit gelte nicht nur gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern, sondern auch gegenüber denjenigen, die mit anderen Professionen in der Schule tätig seien.

Zu begrüßen sei weiterhin, dass die Ganztagsoffensive Früchte trage. Die Wachstumsraten im Bereich Ganzttag seien äußerst positiv. Es gebe alleine 416 zusätzliche Stellen für diesen Bereich. Die Qualitätsoffensive für die Hauptschule sei gelungen. Frau Beer spreche von vielen Schulen, die nicht berücksichtigt worden seien. Er erinnere daran, dass Rot-Grün zehn Jahre lang verhindert habe, dass Hauptschulen den Ganzttag hätten einrichten können. Auch da werde man die Qualität der Ergebnisse abwarten.

Dass ein Paradigmenwechsel in der Bildung vorliege, lasse sich anhand der Entwicklung der Budgets im Bereich der Lehrerfortbildung zeigen. Die einzelnen Schulen hätten durch die ihnen zugewiesenen Beträge mehr Möglichkeiten, die Fortbildung für die Lehrerinnen und Lehrer zu bezahlen; das sei auch ein Beitrag zu mehr Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit.

Der Haushalt trage die Handschrift der neuen Koalition. Die Pluralität werde gestärkt, und zwar für Ersatzschulen und staatliche Schulen. Die Ausstattung mit Lehrerinnen und Lehrern sei verbessert worden. Das Gleiche gelte für die Fortbildung und die Nachwuchsgewinnung. Angesichts der insgesamt schwierigen Haushaltslage stehe das Ziel im Vordergrund, Nordrhein-Westfalen bildungspolitisch wieder auf einen der Spitzenplätze zu heben.

Renate Hendricks (SPD) kommt darauf zu sprechen, dass die Ministerin gesagt habe, dass an den ausländischen Schulen eine Stelle abgebaut worden sei. Die deutschen Auslandsschulen bräuchten jede Lehrerstelle dringend, weil das Grundvoraussetzung sei, um vernünftigen Unterricht anbieten zu können. Sie frage, ob der Abbau der Stellen mit zurückgehenden Schülerzahlen oder eine Veränderung der Schüler-Lehrer-Relation zu tun habe.

Zu den Kompetenzzentren an den Förderschulen: Sie frage, wie die Kompetenzzentren personell ausgestattet sein sollten, wenn keine Stellen im Haushalt dafür ausgewiesen würden.

Bernhard Recker (CDU) hält fest, in diesem Jahr hätten die Hauptschulen die Möglichkeit erhalten, Ganztagschule zu werden. Die Auswirkungen auf die Anmeldezahlen werde man erst in den nächsten Jahren sehen, wenn bekannt sei, dass die Hauptschulen endlich die gleiche Chance hätten, die jahrelang insbesondere den Gesamtschulen zugestanden worden sei.

Zu den Ersatzschulen: Er erinnere an die Debatten in der letzten Legislaturperiode. Was die Besoldung und den Unterhalt der Gebäude angehe, so sei davon auszugehen, dass man im Schnitt 4.000 € einspare. Man habe 200.000 Schüler. Klar sei, dass man unter finanziellen Gesichtspunkten - neben dem Aspekt der Vielfalt des Angebots - gewaltige Einsparungen an den Ersatzschulen erreichen könne. So habe man mehr Spielraum für andere Investitionen. Einen Gegensatz zwischen Ersatzschulen und Weiterbildung herzustellen, sei geradezu grotesk.

Sigrid Beer (GRÜNE) führt an, die anderen Bundesländer hätten bereits Änderungen mit Blick auf die Hauptschule vorgenommen. Auch sie seien mit ihrem „Hauptschul-Latein“ am Ende. Dass die Hauptschulen keine Option für die Zukunft seien, sähen im Übrigen die kommunalen Schulträger genauso. Frau Pieper-von Heiden spreche nur noch von dem Haushalt für Schule und nicht mehr von der Weiterbildung. Das sei bemerkenswert.

Die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter, die im November das zweite Staatsexamen ablegten, würden mit einem erhöhten Stundendeputat eingeplant. Sie frage, wie die Funktion der Seminare nach dem zweiten Staatsexamen zukünftig aussehen werde.

Des Weiteren frage sie, wofür die 71.200 € im Kapital Öffentlichkeitsmaßnahmen des Ministeriums gedacht seien, ob etwa an eine weitere Welle zur Vermittlung des Schulgesetzes gedacht sei.

Was die „besondere Effekte“ an Gymnasien angehe, so habe man dort einen überproportionalen Aufwuchs. Die Schüler-Lehrer-Relation sei an den Gymnasien besser als an den anderen Schulformen. Während der Herbstferien habe sie Presseberichten entnommen, dass es eine Sprachstandsfeststellung für alle 175.000 Kinder geben solle. Sie frage, mit wie viel Kindern gerechnet werde und wie das Budget der Grundschulen an der Stelle belastet werde.

Das erklärte Motto der Koalitionsfraktionen „Privat vor Staat“ berge die Gefahr in sich, dass es zu sozialen Umschichtungen in der Gesellschaft, einem Auseinanderdriften im Bildungsbereich komme. Das werde ihre Fraktion entschieden bekämpfen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) erinnert daran, dass ihre Fraktion schon für die Ganztagschulen gewesen sei, als die CDU noch das Motto vertreten habe, Kinder gehörten nachmittags zur Mutti nach Hause. Sie frage, wie die CDU-NRW die Programmatik der CDU in Ländern wie Hamburg, im Saarland, in Ostländern in Richtung Änderung der Schulstruktur bewerte.

In Baden-Württemberg heiße ein großer Teil der Privatschulen, nämlich die Waldorfschulen, Einheitsschule. Sie frage, wie Herr Recker dazu stehe.

Ministerin Barbara Sommer erklärt, auch sie ärgere sich darüber, wenn Stellen, die den Schulen über Sozialindex zur Förderung zugewiesen worden seien, nicht entsprechend genutzt würden. Wenn eine Grundschule über den Sozialindex Stellen bekommen habe, so spreche nichts dagegen, dass diese Stellen auch für eine einmalige Untersuchung der Sprachfähigkeit der vierjährigen Kinder genutzt würden. Falls manche Schulen da Probleme hätten, sollten sie sich bitte melden.

Zur Hauptschule: Sie wisse um das Potenzial der Kinder und Jugendlichen, die es verdient hätten, in den Fokus genommen zu werden. 100 Hauptschulen würden nun ganztags geführt. Sie habe nicht erwartet, dass der Zuspruch sofort riesig sein würde. Der Ganztags komme aber auch den Kindern und Jugendlichen zugute, die im System seien. Bis zum Jahre 2012 werde es 50.000 Ganztagsplätze aufgestockt. Sie hoffe, dass im neuen Schuljahr weitere Hauptschulen zu Ganztagschulen umgeformt werden könnten. Der Bedarf sei groß.

Frau Gödecke habe nach den Abschlüssen in den Berufskollegs gefragt. In der Regel besuchten Jugendliche, die noch keine Lehrstelle bekommen hätten, das Berufsgrundschuljahr beziehungsweise die Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr. Minister Laumann plane, diese Jugendlichen in den Fokus zu nehmen. Man müsse dafür sorgen, dass diese Jugendlichen nicht in Warteschleifen an der Schule blieben, sondern eine vernünftige Lebensperspektive über einen Beruf bekämen.

LMR Wilhelm Knevels (Ministerium für Schule und Weiterbildung) führt zur Steigerungsrate des Haushaltes aus, der laufende Bildungshaushalt weise eine Steigerung von 300 Millionen € auf, der Haushalt 2007 werde vom Volumen her eine geringere Steigerung haben. Das hänge damit zusammen, dass der Haushalt 2006 zwar mehr Lehrerstellen aufweise, zudem werde mehr für den Ganzttag ausgegeben; es komme aber auch zu Minderausgaben, etwa durch das verringerte Weihnachtsgeld, durch geringere Sozialabgaben bei den Angestellten, auch dadurch, dass die letzte Tranche der IZBB-Mittel (Bundesmittel für den Ganzttag) im Jahre 2007 niedriger sei als zuvor.

Es gebe eine Absenkung beim BAföG und bei der Weiterbildung. Auf der anderen Seite habe man Mehrausgaben in Höhe von 28 Millionen € durch mehr Lehrerstellen aufgrund der Ausweitung des Ganztags.

Zu den 417 Lehrerstellen des Kapitels 05 300: Sie seien im Haushalt 2007 nicht mehr veranschlagt. Sie gingen je nach Schulform in die einzelnen Schulkapitel. Ab 01.08.2007 stünden 3.100 Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall für individuelle Förderung zur Verfügung. Alle anderen Stellen wanderten in die Schulkapitel. Sie gehörten systematisch auch dahin. Die 417 Stellen befänden sich im laufenden Haushalt im Kapitel Schulen gemeinsam. Der Aufbau der Stundentafel sei ursprünglich anders geplant gewesen.

Die frühere Landesregierung habe beschlossen, die Stundentafel in der Sekundarstufe I um neun Stunden auszubauen. Ursprünglich seien eine Stunde für den Jahrgang 5, null Stunden für den Jahrgang 6 und die folgenden Jahrgängen zwei Stunden vorgesehen gewesen. Im Haushalt 2006 habe man 417 Stellen durch demografische Effekte behalten, die es erlaubten, auch im Jahrgang 6 aufzustocken. Man habe den Schulen ein Volumen gegeben, das ihnen ein Mehr von drei Stunden erlaube.

Der Haushalt 2007 sehe neben diesen 417 Stellen einen Ausbau der Stundentafel mit 4,5 Stunden vor. Dafür gebe es zusätzliche Stellen, oder die Stellen verblieben im System, die sonst weggefallen wären.

Die Schüler-Stellen-Relation - eine Frage von Frau Gödecke - drücke eine reale Verbesserung der Unterrichtsversorgung aus. Das seien nicht die Schüler-Lehrerrelationen, die in der Rechtsverordnung zur Ausführung von § 93 Abs. 2 Schulgesetz nach Schulformen und Bildungsgängen getrennt geregelt seien. Bei der Schüler-Stellen-Relation seien alle Lehrerstellen durch alle Schüler geteilt worden. Im Vergleich zu den früheren Jahren zeige sich, dass zusätzliche Stellen - gegen Unterrichtsausfall, für den Ganzttag - im System verblieben - siehe Vorlage 14/723, S. 5. Die Stellenausstattung habe sich real verbessert. - Die 2.000/4.000 Stellen wolle er nicht mehr kommentieren.

Bezüglich der Ersatzschulfinanzierung sei zu fragen, ob man den Ersatzschulen nicht die Stellenausstattung geben sollte, die die öffentlichen Schulen auch bekämen - sie hätten genauso mit Unterrichtsausfall beispielsweise zu kämpfen wie Schulen im öffentlichen Bereich auch. Die Ersatzschulen profitierten von der Teilpauschalierung im Personalkostenbereich und bei den Sachkosten, was auch eine Verwaltungsvereinfachung für die Ersatzschulträger und die Schulaufsichtsbehörden zur Folge habe.

Zu den Mitteln für Fortbildung: Er verweise auf die Kleine Anfrage von Frau Hendricks „Finanzielle Ausstattung der Lehrerfortbildung“, die in Kürze beantwortet werde. In den 59 Millionen Euro seien die Sachmittel mit über 10 Millionen € enthalten, weiterhin Personalausgaben für die Moderatoren. 662 Lehrerstellen stünden für die Moderatoren in der Fortbildung zur Verfügung. Die zusätzlichen Stellen - jede Schule habe zusätzlich eine Stunde Unterrichtsentlastung - summierten sich auf 230, die finanziert werden müssten. Auch seien die Overhead-Kosten, die Kosten für das Personal in der Bezirksregierung, für Fortbildungsdezernenten enthalten. Auch umfasse das die Mittel für die kirchliche Lehrerfortbildung.

Zu einer weiteren Frage von Frau Beer: Es gehe nicht um die Auslandsschulen, sondern um das Landeslehrerentsendeprogramm für Schulen in Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas sowie in Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (MOE/GUS). Der Bedarf sei nicht vorhanden.

Das Kompetenzzentrum sei im Schulgesetz aufgeführt, fährt **Ministerin Barbara Sommer** fort. Eine inhaltliche Konzeption müsse noch erstellt werden. Das bedeute auch, dass man eine engere Kooperation mit den Schulträgern eingehen müsse. Zum jetzigen Zeitpunkt stehe noch nicht fest, welche Lehrer dafür eingesetzt würden. Allerdings sei nicht daran gedacht, zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer für diese Aufgaben einzustellen.

StS Günter Winands (MSW) merkt an, die Schülerzahl an den Grundschulen sinke um 1,3 %. Das sei für eine Grundschule sehr viel, da die Schülerzahl dort sehr hoch sei. Per Saldo habe man 340 Stellen mehr an der Grundschule als in diesem Jahr. Aufgrund der gesunkenen Schülerzahlen hätte man die Stellen an den Grundschulen absenken können, was nicht geschehe, sodass die Grundschule über den Bedarf hinaus Stellen aufweise. Die Grundschulen hätten 960 Stellen mehr, als sie eigentlich benötigten. Damit seien sie haushaltsrechtlich auf 103 % angekommen.

Sigrid Beer (GRÜNE) bittet die Landesregierung, sich zu den Effekten der Schüler-Lehrer-Relation an dem Gymnasium zu äußern. Sie wüsste gerne, ob weitere Gespräche zur Frage Lernmittelfreiheit stattfänden, mit wie viel Schülerinnen und Schüler man bei der Sprachstandserhebung rechne und inwieweit die Stellen des Sozialindexes daran mitwirken sollten.

Wenn Lehramtsanwärterinnen und -anwärter verpflichtet seien, 19 Stunden Unterricht zu erteilen, so sei es sicher interessant zu erfahren, wie sich das im Budget niederschläge. Auch wüsste sie gerne, wie die Funktion der Seminarleiter in zweiten Staatsexamen bewertet werde.

Es werde mit ca. 50.000 Sprachstandsüberprüfungen gerechnet, merkt **Ministerin Barbara Sommer** an.

StS Günter Winands (MSW) gibt an, der Entwurf der geänderten Ordnung des Vorbereitungsdienstes und der Zweiten Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen werde zurzeit mit den Verbänden erörtert. Die Überlegung sei, dass man die Lehramtsanwärter, die die Prüfung absolviert hätten, in der Schule einsetze. Das werde auch von den Schulen gefordert. Es sei nicht einzusehen, dass die Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter weiterhin zu den Seminaren gingen. Der Entwurf der geänderten Ordnung des Vorbereitungsdienstes werde auch dem Ausschuss vorgelegt.

Zum Thema Lernmittelfreiheit hätten weitere Gespräche stattgefunden. Man sei mit den kommunalen Spitzenverbänden nicht übereingekommen. Das Schreiben, das der Städtetag an die Abgeordneten versandt habe, sei ihm zuvor nicht zur Kenntnis gegeben worden. Er habe es als Landtagsdrucksache vorgefunden. Der Inhalt entspreche nicht der Wahrheit, was er auch dem Städtetag geschrieben habe. Die Gesetzeslage sei eindeutig. Es gebe keine gesetzliche Verpflichtung des Landes, es handele sich um eine kommunale Aufgabe. Das ergebe sich auch aus dem Schulgesetz.

Die Zunahme der Lehrerstellen an Gymnasien entspreche dem Zuwachs der Schülerzahlen und der Ausweitung der Stundentafel in der Sekundarstufe I. Das bilde sich in dem Gymnasium und an der Gesamtschule ab.

3 Personelle Situation in den unteren Schulaufsichtsbehörden

Bericht des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

4 Auswirkungen und Konsequenzen des novellierten Berufsausbildungsgesetzes (BBiG) auf die nordrhein-westfälischen Schulen

Bericht des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

5 Der UN-Kinderrechtskonvention in NRW Geltung verschaffen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1662

6 Einfluss von Scientology auf unser Bildungssystem wirkungsvoll bekämpfen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2490

